



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Berliner Zeitung: BBU fordert "Wohn-TÜV" für Gesetze und Verordnungen

12.12.2017 Fachinformation

Als Antwort auf die Forderung der Berliner FDP nach einem "Mieten-TÜV" fordert der BBU einen noch weitergehenden "Wohn-TÜV". Dies berichtet die Berliner Zeitung in ihrer Ausgabe vom 12. Dezember 2017. BBU-Pressesprecher Dr. David Eberhart sagte: „Berlin prüft Gesetzesvorhaben auf Folgen für die öffentlichen Haushalte, die Gleichheit der Geschlechter oder die Zusammenarbeit mit Brandenburg – wieso also nicht auch auf das Wohnen?"

Die Politik müsse sich von Anfang an mit den Konsequenzen ihrer Handlungen auseinander setzen und gegenüber der Öffentlichkeit gäbe es dann bei den Wohnkosten auch mehr Transparenz, ergänzte Eberhart. Denn: Fast die Hälfte der Neubaumieten-Erhöhrungen der letzten Jahr dürfte laut BBU-Berechnungen auf höhere rechtliche Anforderungen zurückgehen, die andere Hälfte auf gestiegene Preise für Bauleistungen und Bauland.

<https://bbu.de/beitraege/berliner-zeitung-bbu-fordert-wohn-tuev-fuer-gesetze-und-verordnungen>